



25 Seiten

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Minister

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses  
für Wirtschaft, Mittelstand und  
Technologie  
Herrn  
Dr. Jürgen Schwericke MdL  
Landtag Nordrhein-Westfalen  
40221 Düsseldorf

Dienstgebäude und Lieferanschrift  
Haroldstraße 4, 40213 Düsseldorf

Telefon  
(02 11) 837-02  
Durchwahl  
837- 2706  
Datum *16*.09.1994

Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben)  
121(BfH)31-00/1995  
Bearbeiter:  
Herr Kröger

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

entsprechend meiner Zusage in der Ausschußsitzung am 14. September  
1994 übersende ich Ihnen 30 Exemplare meiner Einführung in den  
Entwurf des Haushaltsplans 1995 für den Einzelplan 08.

Mit freundlichen Grüßen

(Günther Einert)



**Einführung in den Entwurf des Haushaltsplans 1995**

**Einzelplan 08 - MWMT -**

**(für den Wirtschaftsausschuß am 14.9.1994)**

---

## I. Gesamtwirtschaftliche Lage

Nachdem die westdeutschen Länder in 1993 den schärfsten konjunkturellen Einbruch der Nachkriegsgeschichte hinnehmen mußten, verdichten sich die Anzeichen, daß das westdeutsche BIP in diesem Jahr real wieder mit 1 - 1,5 % expandiert. In Ostdeutschland dürfte sich bei anhaltend hohem Transferbedarf die wirtschaftliche Erholung mit einem Wachstum von etwa 8 % fortsetzen. Für Deutschland insgesamt erscheint damit eine Steigerung der Wirtschaftsleistung von rd. 2 % in 1994 erreichbar. In 1995 rechnen die meisten Institute mit einer allmählichen Beschleunigung des Wachstums.

Kraft und Breite der Erholung sollten aber nicht überschätzt werden. Vielmehr kann der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion und Nachfrage im Vergleich mit früheren Zyklen bisher nur als mäßig bezeichnet werden. Vor allem wird er nicht ausreichen, die Beschäftigungssituation nachhaltig zu verbessern.

Zwar haben sich mit der konjunkturellen Erholung in den westlichen Industriestaaten die Exportchancen der westdeutschen Industrie bereits spürbar verbessert, nicht zuletzt weil Fortschritte bei der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erzielt werden konnten.

Fraglich ist hingegen, inwieweit die Exportkonjunktur auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durchschlägt. Zur Zeit ist jedenfalls noch keine Belebung der Binnennachfrage in Sicht. Während die öffentlichen Haushalte keinen Spielraum für expansive Maßnahmen haben, neigt der private Konsum angesichts der Abgabenbelastung, der realen Einkommensverluste und der Beschäftigungskrise zur Schwäche.

Sowohl in konjunktureller als auch in struktureller Hinsicht besteht daher weiterhin erheblicher wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf. Es gilt, die sich im Zuge der weltweiten Erholung bietenden Chancen stärker als bisher für ein kräftiges Wachstum und mehr Beschäfti-

gung in Deutschland zu nutzen. Dazu muß auch eine differenzierte und pragmatische Standortdiskussion beitragen. Durch die Beschränkung auf betriebswirtschaftliches "Kostenmanagement" allein läßt sich die Zukunft nicht gestalten. Kritische Erfolgsfaktoren im internationalen Wettbewerb sind vielmehr zukunftsorientierte Investitionen und eine umfassende Innovations- und Qualifikationsoffensive.

Die konsequente Industrie- und Strukturpolitik der Landesregierung hat dazu beigetragen, daß die Modernisierung und Diversifizierung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft erhebliche Fortschritte gemacht hat. Im Rezessionsjahr 1993 hat sich trotz der verbleibenden, historisch bedingten Nachteile im Montanbereich eindrucksvoll be-

stätigt, daß durch den erfolgreichen Strukturwandel die im Bundesvergleich besonders starke Konjunktorempfindlichkeit der NRW-Wirtschaft erheblich nachgelassen hat. Was bedeutet, daß die Wirtschaft des Landes an struktureller Robustheit gewonnen hat.

Zur Jahresmitte 1994 haben sich auch in Nordrhein-Westfalen die konjunkturellen Aussichten wieder aufgeheitert. Die Entwicklung der NRW-Wirtschaft liegt dabei weitgehend im Bundestrend.

Neben dem Dienstleistungssektor, der bereits in der Rezession zur Stabilisierung der Beschäftigung beigetragen hat, meldet zur Jah-

resmitte auch die NRW-Industrie wieder mehr offene Stellen. Gleichwohl lassen die konjunkturell wieder günstigeren Perspektiven - analog zum Bundestrend - noch keine absehbar durchgreifende Entlastung des Arbeitsmarktes erkennen. Es gilt deshalb, alle Kräfte zu bündeln, um an den Beschäftigungszuwachs anzuknüpfen, der in NRW zwischen 1984 und 1993 per Saldo fast 600.000 neue Arbeitsplätze gebracht hat. Das Land muß und wird dabei die aktive Mitwirkung der Bundesregierung einfordern.

Der Ausbau des europäischen Binnenmarktes, die notwendige Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten sowie der zunehmend schärfer werdende Wettbewerb in der Triade (Ostasien,

Nordamerika, Westeuropa) erfordern die konsequente Fortschreibung der zukunftsorientierten Industrie- und Strukturpolitik zur Sicherung des Standortes NRW.

Die Landesregierung wird dabei in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Union gemäß dem Grundsatz der Subsidiarität die Regionen mit starkem Modernisierungsbedarf angemessen unterstützen und begleiten. Da die Rezession wie im Bundesgebiet insgesamt auch erheblichen Anpassungsbedarf der bisherigen Schlüsselbranchen und Wachstumsträger in allen Regionen des Landes deutlich gemacht hat, wird die Landesregierung trotz anziehender Konjunktur auch in den nächsten Jahren das bereits an-

gelaufene Programm "Industrieregionen im Strukturwandel" mit eigenen Mitteln landesweit fortsetzen.

## II. Haushaltsrahmen und Daten zum Einzelplan 08

Aus der Einbringungsrede des Finanzministers sind Ihnen die Eckdaten des Haushaltsentwurfs 1995 bekannt. Daraus ergibt sich, daß zur Finanzierung der Deutschen Einheit der Landeshaushalt im kommenden Jahr mit 5,3 Mrd. DM belastet wird.

Das zwang die Landesregierung, den Ausgabenanstieg bei den originären Aufgaben des Landes extrem niedrig zu halten und auf 1 %

zu begrenzen. Innerhalb dieses begrenzten finanziellen Handlungsspielraums mußte sich deshalb die Landesregierung bei der Gestaltung des Haushalts 1995 auf die wirklichen landespolitischen Schwerpunkte konzentrieren.

Der Schwerpunkt im Haushalt 1995 liegt in der sozialverträglichen Erneuerung des Standorts Nordrhein-Westfalen. Der Wille der Landesregierung, die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur voranzutreiben, findet seinen besonderen Ausdruck im Haushalt des Wirtschaftsministers.

Für das Jahr 1995 hat die Landesregierung der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in NRW absolute Priorität eingeräumt.

Ich bin froh darüber, daß wir uns im Kabinett darin einig waren, im Wirtschaftshaushalt einen politischen Schwerpunkt für das Jahr 1995 zu sehen. Denn gegenüber dem Wirtschaftshaushalt mußten andere Förderressorts zum Teil erhebliche Ausgabekürzungen hinnehmen (MURL: -6,8 %, MSV: -2,4 %).

Obwohl auch im Wirtschaftshaushalt jedes Förderprogramm auf den Prüfstand gestellt wurde und in einzelnen Bereichen Einschnitte vorgenommen werden mußten, verzeichnet der Haushalt des Wirt-

schaftsministers insgesamt eine Steigerungsrate von rd. 8 %; er steigt von rd. 2,5 Mrd. DM in 1994 auf rd. 2,7 Mrd. DM in 1995.

Dies, meine Damen und Herren, ist aber auch das Ergebnis einer vorausschauenden Haushaltsplanung im Zusammenhang mit der Aufstellung des Haushalts 1994.

Die Veranschlagung von rd. 2,4 Mrd. DM Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt 1994 - über die wir im vergangenen Jahr hier im Ausschuß eingehend gesprochen haben - bildet letztlich den Grundstein für einen größeren finanzwirtschaftlichen Handlungsspielraum in den kommenden Jahren.

Die Ausgabesteigerung im Wirtschaftshaushalt erfolgte per Saldo fast ausschließlich im Bereich "Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes".

Neben den Ausgaben sind im Haushaltsentwurf 1995 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rd. 2,2 Mrd. DM veranschlagt (1994: rd. 2,4 Mrd. DM).

Dieser auch im Jahre 1995 überdurchschnittlich hohe VE-Ansatz ist ebenfalls im Bereich "Förderung der Wirtschaft" mit rd. 2 Mrd. DM schwerpunktmäßig veranschlagt.

Was den Stellenwert und die künftige Entwicklung des Wirtschaftshaushalts betrifft, so findet diese auch in der Finanzplanung ihren Niederschlag. Denn der hohe Ausgaberahmen des Jahres 1995 soll auch in den Folgejahren im Wirtschaftshaushalt zur Verfügung stehen.

## 2. Programmschwerpunkte

Nachfolgend möchte ich Ihnen einige Erläuterungen geben, wie die Haushaltsmittel für 1995 schwerpunktmäßig eingesetzt sind:

Da die Ziele der einzelnen Programme ausführlich im Einführungsbericht beschrieben sind und wir - wovon ich ausgehe - in einer weiteren Sitzung die Programme noch im einzelnen beraten werden, will ich mich heute darauf beschränken, die Eckdaten der haushaltsmäßigen Programmausgestaltung zu erläutern.

Wie ich Ihnen eingangs sagte, mußten zur Deckung des Mehrbedarfs im Gesamtlandeshaushalt auch im Einzelplan 08 in einzelnen Programmbereichen Kürzungen vorgenommen werden. Von diesen Kürzungen sind im wesentlichen betroffen

- das Regionale Wirtschaftsförderungsprogramm - Landesauf-

gabe -  
und  
das Technologieprogramm Bergbau.

Die Programmeinschränkung bei der Landesaufgabe hängt damit zusammen, daß eine Anpassung des Ausgabeansatzes an die Ist-Entwicklung unvermeidbar wurde (Ist-Ausgabe 1993: rd. 33 Mio. DM). Dadurch, daß im Rahmen der Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur die Kommunen - konjunkturbedingt - nicht in der Lage waren, den hohen Eigenanteil (32,5 % - 50 %) zu erbringen, sind entsprechende Projekte nicht zum Tragen gekommen.

Mit der Richtlinienänderung vom 29.8.1994 wurde die Förderung der gewerblichen Wirtschaft (Investitionszuschüsse) und zusätzlich erstmalig die Tourismusförderung in das Programm aufgenommen. Diese Maßnahmen dürften mittelfristig zu einer besseren inhaltlichen und damit auch haushaltsmäßigen "Auslastung" des Programms führen.

Die Kürzung beim Technologieprogramm Bergbau ist mir, wie Sie sich denken können, nicht leicht gefallen.

Dennoch mußte ich der zeitweisen Programmeinschränkung zustimmen, um in wichtigen anderen Förderbereichen meines Hauses zusätzlichen finanziellen Handlungsspielraum zu gewinnen.

Ich habe jedoch bei dieser Zustimmung klar gefordert, daß in den folgenden Jahren innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung in den Jahren 1996 - 1998 das TP-Bergbau jährlich wieder die geplanten Ansätze von 36,2 Mio. DM erhält.

Dabei habe ich die Hoffnung, daß es der DMT-Gesellschaft gelingt, durch Verschiebungen von Vorhaben die Einschränkungen in 1995 personalverträglich zu verkraften.

Um möglichen politischen Mißverständnissen vorzubeugen will ich noch die Ansatzreduzierungen im "Berufsausbildungsprogramm" und im "Programm zur Verbesserung der Ausbildungsplatzchancen benachteiligter Jugendlicher" erwähnen. Diese Ansatzreduzierungen bedeuten nicht, daß für diese Programme im Jahre 1995 weniger Ausgabemittel eingesetzt werden. Dies wäre ein schlechtes politisches Zeichen in schwieriger Zeit.

Bei dem Berufsausbildungsprogramm können ab dem Jahre 1995 auch Maßnahmen aus Mitteln gefördert werden, die von der EU aus dem Europäischen Sozialfonds bereitgestellt werden.

Insoweit können die jetzt nicht veranschlagten Landesmittel im Jahre 1995 voll durch ESF-Mittel ersetzt werden. Für die Folgejahre ab 1996 sind vorsorglich die Ausgabemittel des Landes in der bisherigen Höhe (30 Mio. DM) veranschlagt, da die in späteren Jahren tatsächlich bereitstehenden Ausgabemittel der EU nicht so lange im voraus planungssicher eingeschätzt werden können.

Die gleiche Situation ergibt sich beim Programm zur Verbesserung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher. Für dieses Programm werden zwar im Jahre 1995 rd. 4,3 Mio. DM Landesmittel weniger eingesetzt als 1994. Auch diese Reduzierung der Landes-

mittel wird jedoch in vollem Umfang durch ESF-Mittel ersetzt, so daß das Programm tatsächlich keine Kürzung erfährt.

#### Handlungsrahmen für die Kohlegebiete

Für dieses Programm, das erstmalig im Jahre 1992 veranschlagt wurde, stehen insgesamt rd. 1,3 Mrd. DM zur Verfügung. Davon entfallen 330 Mio. DM auf das GA-Sonderprogramm Kohlereviere; rd. 900 Mio. DM reine Landesmittel sind für die Jahre bis 1998 im Wirtschaftshaushalt veranschlagt.

Das Programm wird zügig weitergeführt. Im Jahre 1995 sind 184,8 Mio. DM vorgesehen, das sind 25,8 Mio. DM mehr als im Jahre 1994.

### Gemeinschaftsaktion Industriestandort Nordrhein-Westfalen

Für diese "Gemeinschaftsaktion" sind für die Jahre 1994 bis 1998 Programmmittel in Höhe von 1,934 Mrd. DM bereitgestellt. Wie Sie wissen, besteht das Programm aus zwei Schwerpunkten. Den ersten Schwerpunkt bilden die vom Land und der EU gemeinsam finanzierten Programme mit einem Programmvolumen von rd. 1,5 Mrd. DM. Einen zweiten Schwerpunkt bildet das Programm "Industrieregionen im Strukturwandel". Für dieses Landesprogramm sind im Wirtschafts-

haushalt 420 Mio. DM vorgesehen. Für das im Jahre 1994 ange-  
laufene Programm werden im Jahre 1995 im Wirtschaftshaushalt 84,3 Mio. DM eingeplant, das sind rd. 54 Mio. DM mehr als 1994.

### Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (Bund und Land)

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe stehen im Jahre 1995 wie im Jahre 1994 insgesamt 197,3 Mio. DM Ansatzmittel und 104,2 Mio. DM VE zur Verfügung.

### KMU-Programm "Gründung und Wachstum"

Für dieses Programm, mit dem zinsverbilligte Kredite für kleine und mittlere Unternehmen gewährt werden, stehen im Jahre 1995 insgesamt 27 Mio. DM Ansatzmittel und 13,5 Mio. DM VE zur Verfügung. Das Ausgabevolumen ist zwar gegenüber 1994 um 3 Mio. DM niedriger veranschlagt, durch die Aufstockung des VE-Ansatzes um 7,5 Mio. DM erhöht sich jedoch insgesamt das Bewilligungsvolumen im Jahre 1995.

### Gemeinschaftsprogramme des Landes NRW mit der EU

Im Wirtschaftshaushalt für das Jahr 1995 werden Haushaltsmittel für insgesamt 8 NRW-EU-Programme bereitgestellt. Es handelt sich um die Programme RESIDER, Ziel-2, Ziel-5b, RECHAR, INTERREG, STRIDE, RETEX und KONVER. Für diese NRW-EU-Programme werden für das Jahr 1995 insgesamt rd. 452 Mio. DM veranschlagt, das sind rd. 164 Mio. DM mehr als im Jahre 1994. Von den 443 Mio. DM trägt die EU 212 Mio. DM, die komplementären Landesmittel betragen rd. 240 Mio. DM.

Aus dem Kapitel "Förderung der Wirtschaft" will ich noch beispielhaft folgende Programme herausgreifen:

Das Verbraucherprogramm wird ungeschmälert fortgeführt und berücksichtigt den Mehrbedarf im sachlichen und personellen Bereich. Der Haushaltsansatz von 16,4 Mio. DM sieht allerdings keine neuen Beratungsstellen vor. Ein Finanzierungsrisiko könnte sich aber daraus ergeben, daß der Bund beabsichtigt, im Jahre 1995 die Förderung der Verbraucherzentrale weiter zu kürzen. Die im Entwurf des Bundeshaushalts vorgesehenen Kürzungen könnten zu einer Reduzierung des NRW-Anteils um bis zu 200 TDM führen.

Das Programm zur Förderung der Außenwirtschaft kann mit 7 Mio. DM ungeschmälert fortgeführt werden. Das gleiche gilt für die Regionalstellen Frau und Beruf mit einem Ausgabeansatz in Höhe von 3,1 Mio. DM. Durch diesen Ausgabeansatz ist sichergestellt, daß die im Rahmen dieses Landesprogramms geförderten Regionalstellen bis 1996 - allerdings mit vermindertem Satz - gefördert werden können. Ob und in welchem Umfang nach diesem Zeitraum eine Förderung der Regionalstellen möglich bleibt, ggf. bei einer veränderten Trägerschaft, wird aufgrund eines entsprechenden Kabinettschlusses z.Z. zwischen MWMT und MGFM geprüft.

Für das Beratungsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen sind im Jahr 1995 rd. 6,4 Mio. DM vorgesehen, das sind rd. 2,6 Mio. DM mehr als im Jahre 1994. Hintergrund für diese Mittelaufstockung bildet ein neuer Schwerpunkt in diesem Programm. Vorgesehen ist die Förderung eines modernen Managements in KMU, um gezielt betriebswirtschaftliche Defizite insbesondere auf den Gebieten Unternehmensführung, Organisation, Unternehmenssteuerung, Logistik usw. abbauen zu helfen.

Das Handwerk wird mit 3,8 Mio. DM gefördert, was bis auf einen Betrag von 130 TDM dem Stand von 1994 entspricht.

Das Programm zur Förderung des Tourismus wurde um rd. 600 TDM gekürzt. Davon sind im wesentlichen die überregionalen Verbände betroffen. Aber durch gesteigerte investive Maßnahmen des touristischen Marketing und auch durch die Erweiterung der regionalen Wirtschaftsförderung für den Tourismus kann die Förderung der Tourismuswirtschaft weiterhin auf hohem Niveau gehalten werden.

## Technologieförderung

Für das Kapitel Technologieprogramm Nordrhein-Westfalen stehen 1995 insgesamt 180,5 Mio. DM Ausgabemittel zur Verfügung. Das sind 22,5 Mio. DM mehr als 1994.

Für das Technologieprogramm Wirtschaft sind rd. 150 Mio. DM vorgesehen. In diesem Betrag sind 30 Mio. DM Ausgabemittel eingeplant, die zur Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen insbesondere der Stahlunternehmen in den Stahlstandorten vorgesehen sind.

Bei dem Betrag in Höhe von 30 Mio. DM handelt es sich um den 1. Teilbetrag, der im Jahre 1995 aufgrund der Verpflichtungsermächtigung aus dem Nachtragshaushalt 1994 ausgabewirksam wird. Der restliche Betrag dieser gezielt eingesetzten strukturwirksamen Fördermittel in Höhe von insgesamt 60 Mio. DM soll in den Jahren 1996 und 1997 ausgabewirksam werden.

## Programm Rationelle Energienutzung (REN-Programm)

Für diesen Programmbereich sind für 1995 insgesamt rd. 65 Mio. DM an Ausgabemitteln vorgesehen.



- Programm Rationelle Energienutzung  
"Förderung der technischen Entwicklung"

4,8 Mio. DM

VE (10,0 Mio. DM)

Bis auf das Fernwärmeprogramm, dessen Ausgabevolumen gegenüber 1994 um 3,2 Mio. DM geringer veranschlagt ist, werden die übrigen Programme mit geringfügigen Änderungen auf der Basis der Ansätze 1994 fortgeführt.

### Förderung des Bergbaus

Für die Förderung des Bergbaus sind im Jahre 1995 rd. 984 Mio. DM veranschlagt. Das sind ein Drittel aller Ausgaben im Wirtschaftshaushalt.

Hiervon entfallen auf die Kokskohlenbeihilfe 860 Mio. DM und auf die Erblastenerstattung 67.5 Mio. DM.

Mit diesen Ausgabeansätzen dokumentiert das Land seine Bereitschaft, sich mit einem Drittel an diesen Kohlehilfen finanziell zu beteiligen.

Die Bundesregierung hat einseitig im Entwurf des Bundeshaushalts 1995 ihre bisherige Finanzierungsbeteiligung bei der Kokskohlenbeihilfe auf 50 % reduziert. Dadurch will sich die Bundesregierung nach den heutigen Daten um insgesamt etwa 640 Mio. DM jährlich entlasten. Für NRW ergäbe sich daraus eine jährliche Mehrbelastung von über 400 Mio. DM.

Der Bund unterstellt ohne jede Absprache im Bundeshaushaltsentwurf 1995, daß NRW die Differenz übernehme. Das ist eine bewußte Irreführung, mit der die Alleinverantwortung des Bundes für die beabsichtigten Kürzungen bei den Kohlehilfen und für die hieraus entstehenden energie- und kohlepolitischen Folgen verwischt werden soll.

NRW hat immer wieder seine finanzielle Beteiligung mit einem Drittel an den etatisierten Kohlehilfen zugesagt. Dazu hat es sich in der Kohlerunde 1991 verpflichtet und zugleich erklärt, daß es über die bisherigen Finanzierungsbeteiligungen hinaus keine zusätzlichen

Finanzierungsbeiträge erbringen kann. Diese Position ist aus haushalts- und finanzpolitischer Sicht unverrückbar.

Die Rückführung des Bundesanteils an den Kohlehilfen auf 50 % würde auch zwangsläufig zu einem Selbstbehalt der Bergbauunternehmen führen, der letztlich ihre Existenz und damit die gesamte Kohlepolitik in Frage stellen würde.

Der Haushaltsansatz des Erblastentitels wurde auf gleichem Niveau wie im Haushaltsjahr 1994 fortgeschrieben und basiert auf der bisherigen Basis der Kohlehilfenbeteiligung der öffentlichen Hand (Bund 2/3, Land 1/3). Beim Erblastentitel will der Bund - beginnend mit dem

Haushaltsjahr 1994 - nur noch 50 % der erstattungsfähigen Kosten übernehmen und erwartet die Übernahme der übrigen 50 % durch die betroffenen Bundesländer (NRW und Saarland).

Bei den Erblasten habe ich eine Übergangsregelung für 1994 zugesagt, aber auf der Grundlage der Drittelbeteiligung. Wir wollen uns dem Diktat der Bundesregierung nicht beugen, deshalb verhandeln wir bei den Erblasten weiter mit dem Ziel, daß der Bund seine kohlepolitische Pflicht erfüllt.

## Personalhaushalt

Der Entwurf des Personalhaushalts (Ministerium einschließlich nachgeordneter Behörden) enthält für das Jahr 1995 keine neuen Stellen; vielmehr verringert sich der Personalbestand im gesamten Geschäftsbereich durch Vollzug von kw-Vermerken und Einsparungen um insgesamt 24 Stellen.

Dieser Stellenabbau wird sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen. Im Geschäftsbereich bestehen z.Z. noch insgesamt 134 kw-Vermerke. Davon beruhen 93 auf den Ergebnissen der Organisations-

untersuchungen der Bergverwaltung und des Staatlichen Materialprüfungsamtes.

Die 134 kw-Vermerke werden bei den Dienststellen des Geschäftsbereichs zu folgendem weiteren Stellenabbau führen:

Ministerium	26
Bergverwaltung	43
Geologisches Landesamt	11
Eichverwaltung	3
Staatliches Materialprüfungsamt	51

Hierin sind im Vorgriff auf die in 1995 zu erwartenden Organisationsuntersuchungen beim Ministerium und beim Geologischen Landesamt - neben dem sofortigen Abgang von 7 Stellen - 8 neu ausgewiesene kw-Vermerke enthalten.

### Organisationsüberprüfungen im Geschäftsbereich des MWMT

Die Organisationsüberprüfung der Bergverwaltung ist abgeschlossen. Aufgrund der Verordnung über die Sitze und Bezirke der Bergämter im Lande NRW vom 7.6.1994 wurden die Bergämter Aachen, Dinslaken, Hamm und Siegen mit Wirkung vom 1.7.1994 aufgelöst und der Sitz des Braunkohlenbergamtes von Köln nach Düren verlegt.

Das MPA soll aufgrund der Entscheidung der Landesregierung mit dem Ziel der Privatisierung in eine neue Organisationsform überführt werden. Als erster Schritt ist die Überführung des Amtes in einen Landesbetrieb gem. § 26 LHO zum 1.1.1995 vorgesehen.

Bis zum 1.7.1996 sollen die Voraussetzungen für die Umwandlung des Landesbetriebes in eine GmbH geschaffen werden. Vor einer Umwandlung in eine GmbH sind allerdings noch erhebliche wirtschaftliche und personalrechtliche Probleme zu klären. Dies wird eine im kommenden Jahr in Angriff zu nehmende Aufgabe sein.

Gegen Ende des Jahres ist mit dem Beginn der Organisationsüberprüfung der Eichverwaltung zu rechnen.

Nach den Planungen des "Arbeitsstabes Aufgabenkritik der Landesregierung" soll das Ministerium im Frühjahr 1995 überprüft werden.

Ein Termin für eine Organisationsuntersuchung des Geologischen Landesamtes ist noch nicht in Aussicht genommen. Es ist jedoch mit einer Prüfung im Laufe des zweiten Halbjahres 1995 zu rechnen.

Lassen Sie mich abschließend noch eine generelle Bemerkung zum Wirtschaftshaushalt 1995 machen.

Es ist mir wichtig darauf hinzuweisen, daß der Wirtschaftshaushalt 1995 nicht als "einjährige" Aktion verstanden werden darf. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung ist festgelegt, daß der Wirtschaftshaushalt auch in den Finanzplanungsjahren bis 1998 auf durchschnittlich rd. 2,8 Mio. DM jährlich steigt. Ich verhehle nicht, daß ich froh darüber bin, daß es gegen Ende der Legislaturperiode - natürlich auch mit Hilfe des Finanzministers - gelungen ist, trotz erheblicher haushaltswirtschaftlicher Engpässe dem Wirtschaftshaushalt den für mich politisch unverzichtbaren Stellenwert im Gesamtlandeshaushalt auch für die Zukunft zu sichern.

Denn die von der Landesregierung getroffenen haushaltspolitischen Entscheidungen beinhalten über das Jahr 1995 hinaus bereits jetzt eine gesicherte Perspektive für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik auch in der kommenden neuen Legislaturperiode.